

blickpunkt

Nr. 248
August 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Wer packt es an?

Ein neues Schuljahr hat begonnen und damit das alljährliche Lamento: zu wenig Lehrer, zu große Klassen, Unterricht muß ausfallen. Eltern sind unzufrieden, die Politiker weisen sich gegenseitig die Schuld zu - seit Jahren das gleiche Theater.

Nun sollte man meinen, daß nichts leichter vorherzusagen wäre als der alljährliche Lehrerbedarf. Sind die Kinder doch schon mindestens sechs Jahre lang von allen möglichen Statistiken erfaßt, bevor sie zum ersten Male mit der rauhen Schulwirklichkeit konfrontiert werden. Weit gefehlt! Die Rechenstifte der Kultusbürokratie und der nachgeordneten Behörden jonglieren alljährlich mit Zahlenspielen an der Schulwirklichkeit vorbei.

Da werden die Klassen- und Gruppengrößen erhöht, die Stundentafeln gekürzt, die Lehrer um die ihnen zustehende Verkürzung der Arbeitszeit betrogen - kurz: eines der reichsten Länder dieser Welt spart mit allen Tricks am Wertvollsten, was es besitzt - an seinen Kindern.

Verfolgt man in diesen Tagen die diversen Presseverlautbarungen, dann sieht es eigentlich gar nicht so schlimm aus. Die Schulleiter in Mörfelden-Walldorf signalisieren Zufriedenheit - alles nur halb so schlimm. Sollte ausgerechnet in Mörfelden-Walldorf das pädagogische Paradies ausgebrochen sein, wo doch der Kultusminister selbst seit Wochen lautstark verkünden läßt, daß im Schul-

jahr 91/92 Tausende von Unterrichtsstunden ausfallen werden?

Schaut man hinter die Kulissen, dann merkt man bald: Schwindel! Das Staatliche Schulamt in Groß-Gerau hält an seiner Devise aus CDU-Regierungszeiten fest und fordert die Schulleiter auf, die Eltern zu beruhigen,

abzuwiegeln, zu beschönigen. Wer die Wahrheit sagt, dazu noch in der Presse, kriegt eine aufs Maul, d.h. er wird dienstrechtlich belangt.

Die Mörfelder Grundschulen kommen nur über die Runden, weil ihnen per Abordnung Lehrer der Gesamtschule zugewiesen werden - meistens Lehrer, die für die Arbeit an Grundschulen nicht ausgebildet sind. Dafür müssen an der Bertha-von-Suttner-Schule in diesem Schuljahr mehr als hundert Unterrichtsstunden ausfallen, besonders in den Bereichen, wo die Stärken der Gesamtschule liegen, im Wahlpflichtunterricht und im Förderunterricht.

Für ein oder zwei Jahre wäre das ja hinnehmbar, zumal die rot-grüne Landesregierung Engpässe in der Unterrichtsversorgung ehrlich angekündigt hat. Die CDU-Schelte zu Beginn des Schuljahres ist deshalb unberechtigt, eher ein Schlag ins eigene Gesicht. Schließlich hat die Regierung Wallmann den Lehrern die Arbeitszeitverkürzung vorenthalten und den Gesamtschulen die Koordinationsstunden gestrichen. Kultusminister Holzzapfel hat zumindest einen Teil dieser Defizite wieder auszugleichen versucht.

Wären die Unterrichtskürzungen also wirklich auf ein oder zwei Jahre beschränkt, dann könnte man dies hinnehmen. Zu befürchten bleibt aber, daß die Bildungsmisere in deutschen Landen - wie seit Jahren - unabhängig von den jeweils Regierenden ein



Dauerzustand ist, weil die Etats für Kultur und Bildung in Deutschland eine lange Tradition haben - sie sind extrem niedrig und müssen als erste Abstriche hinnehmen, wenn es um die Setzung sog. "Prioritäten" geht. "Satt und dumm" bleibt ruhig und geht nicht auf die Barrikaden. Wollen wir wirklich, daß dies die Bildungsnorm für unsere Kinder bleibt? Eine Fülle von Forderungen wäre an Bildungspolitiker und Regierungen zu richten, damit Schule und Ausbildung unserer Kinder den geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Einige wenige seien hier genannt: Verringerung der Klassengrößen (Grundschule bis 20, Sekundarstufe I nicht mehr als 25 Schüler) - Ganztagschule für Sek I - Betreuungsangebote für Grundschüler - Förderunterricht für sozial Benachteiligte - umfangreiche Maßnahmen zur Integration ausländischer Kinder - Verbesserung des schulpсихologischen Dienstes und von Therapieangeboten für verhaltens- und milieugeschädigte Kinder - Verzahnung von Schul- und Sozialarbeit u. v. a. m. Es gäbe viel zu tun! - Wer packt es an?

Bitte vormerken!

Im Oktober 1991
erscheint der 250.
"blickpunkt".

Am 1. November
wird gefeiert.

Immer wieder Ärger mit der Bahn

Wir schrieben schon oft darüber. Die Bahnbenutzer haben viele Klagen: "Zu wenig Wagen, ab Walldorf stehen die Leute", "Man steht oft wie in einer Sardinienbüchse", "Der Nahverkehrszug hält auf der Strecke, um den Schnellzug durchzulassen".

Auch andere Sorgen erreichen uns: "Der Zustand der Unterführung am Walldorfer Bahnhof ist nicht mehr zu verantworten, die Stützmauer ist kaputt, die Fahrradrampen auch." Der Bundesbahnsprecher W. Henz meint schlicht: "Es ist kein Geld da, die Bahn hat schließlich viele Walldorfs."

Allein darüber könnte man schon zornig werden. Leider gibt es aber Bundesbahnpläne, die vieles noch auf die Spitze treiben werden. So will man die Schnellbahnstrecke Köln - Frankfurt bei Zeppelinheim an die Riedbahn anschließen. Die Anbindung des Flughafens wird damit in den Hintergrund gedrängt. Außerdem kommen dann noch mehr schnelle "InterCitys". Wie man weiß, hat der Fernverkehr bei der DB Vorrang. Damit wird der Nahverkehr mit Sicherheit noch mehr benachteiligt. Jeden Tag pendeln aus unserer Stadt 8500 Menschen zur Arbeit, mittlerweile allein 4000 zum Flughafen. Auch in der Stadt selbst werden neue Arbeitsplätze geschaffen, die von außen angefahren werden. Wenn der öffentliche Personennahverkehr nicht gefördert und entwickelt wird, gibt es keinen Anreiz, das Auto stehen zu lassen. Diese Verkehrspolitik ist schlichtweg ein Skandal.

Der Kanal stinkt

Der Kanal im Bereich des Grundstückes "Goldener Apfel" führt immer wieder zu Beanstandungen. Gerade in den Sommermonaten wird von vielen Besuchern, aber auch von den Anwesenden bei den beliebten Sommerfesten der verschiedenen Organisationen, der Geruch, der aus dem Gully steigt, als lästig empfunden.

Wie vom Stadtentwässerungsamt zu erfahren war, ist die Grundstücksentwässerung mit dem Fettabscheider und der Hebeanlage hierfür verantwortlich zu machen. Es wurde ferner mitgeteilt, daß, um weitere Geruchsemissionen zu verhindern, die Entwässerungsanlage mit Fettabscheider öfters gereinigt werden muß, und daß eine geruchsdichte Abdeckung vonnöten ist. Warten wir es ab, ob mit der besseren Wartung, die auch Geld kostet, der Gestank verschwindet. Hoffentlich ist es nicht so, daß grundsätzliche Planungs- oder Herstellungsfehler vorliegen.

Es wirft sich auch die Frage auf, ob evtl. die Anschlußleitung zum Hauptkanal zu wenig Gefälle hat. Von anderer Stelle war zu hören, daß der Kanal in der Langgasse auch Mängel aufweist.

Wie sagte noch einer in später Stunde im Hof des "Goldenen Apfels" anlässlich eines Grillfestes: "So wie hier der Kanal stinkt, wird in Mörfelden und Walldorf nach Abhängen vieler Dachrinnen aufgrund der neuen Abwässersatzung an manchen Stellen der Kanal stinken, da nicht mehr genügend Regenwasser zum Durchspülen eingeleitet wird." HH

Gymnasiale Oberstufe an der Gesamtschule jetzt durchsetzen

Nach Darstellung von Bürgermeister Brehl ist die Gymnasiale Oberstufe an der Bertha-von-Suttner-Schule in greifbare Nähe gerückt. Mit Beginn des Schuljahres 1992/93 könnten die ersten Schülerinnen und Schüler in unserer Gesamtschule auf die Hochschulreife hinarbeiten, sofern das Hessische Kultusministerium dem

zustimmt. Entscheidend dafür dürfte sein, daß Eltern, Lehrer und Stadtverordnetenversammlung sich weiterhin geschlossen für die schnellstmögliche Angliederung der Gymnasialen Oberstufe an der Bertha-von-Suttner-Schule aussprechen. Nachdem die erste Hürde, der Kreisschulentwicklungsplan, endlich genom-

men ist - aus" (SPD-) - politischem Kalkül" mit einem Jahr Verspätung - darf jetzt keine weitere Verzögerung mehr hingenommen werden. Andernfalls könnte es passieren, daß das Abitur vor Ort - das immerhin schon bei der Einweihung der Gesamtschule 1972 den Eltern und Schülern in Aussicht gestellt wurde - erneut "politischem Kalkül" zum Opfer fällt.

Wenn nämlich der Kultusminister vor der nächsten Landtagswahl das Hosensflattern vor der CDU kriegt.

Die Erfahrungen eines Getrenntsammlers

Ein Bürger aus Mörfelden stellte uns einen interessanten Briefwechsel zur Verfügung:

*An den Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf,
z.Hd. Herrn Stadtrat Treber*

Als umweltbewußter Bürger trenne ich schon länger den anfallenden Hausmüll, als Sie hauptamtlicher Stadtrat sind. Dabei scheue ich auch nicht die Mühe, den so getrennt gesammelten Müll in die Sammelbehälter der Mörfelder Mülldeponie zu transportieren. Andere Städte bieten hier ihren Bürgern mittlerweile einen sehr viel besseren Service an.

Als ich am Samstag, dem 4. Mai 1991, wieder einmal eine "Fuhre" des angefallenen Mülls zur Mülldeponie brachte, wurde ich vom dortigen Personal angewiesen, den Müll nicht in die dort stehenden Container zu werfen, sondern auf die Deponie zu fahren. Die Container seien voll, erhielt ich zur Auskunft und Erklärung. Auf dem "Gipfel" der Deponie angekommen, mußte ich feststellen, daß mein so gewissenhaft getrennt gesammelter Müll hier mit Rest-Hausmüll, Bauschutt und sonstigem Unrat auf der Deponie in trauter Eintracht sein "Ende" findet.

Daß ich mir ob dieser Situation "verarscht" vorkam, werden Sie hoffentlich verstehen. Ich frage Sie:

Ist es üblich, so zu verfahren, wenn die Container voll sind?

Entspricht die vorhandene Kapazität der Container den anfallenden Mengen getrennt gesammelten Mülls?

Wie wollen Sie zukünftig die Motivation der Bürger erhöhen, Müll getrennt zu sammeln?

Aus der Antwort des Stadtrats:

"Ich kann Ihre Kritik an dem angeführten Sachverhalt gut verstehen und teile Ihre Meinung, daß diese Vorgehensweise die Bürgerinnen und Bürger nicht motiviert, Müll getrennt zu sammeln und wiederzuwerten. Ich werde Ihr Schrei-

ben an die Riedwerke des Kreises Groß-Gerau weiterleiten, da diese für den Betrieb und die Unterhaltung der Mülldeponie in Mörfelden zuständig sind..."

Aus der Antwort der Riedwerke:

"Ihr o.a. Schreiben wurde uns zuständigkeitshalber von der Stadt Mörfelden-Walldorf weitergegeben. Für Ihre berechtigte Verärgerung haben wir Verständnis und möchten Ihnen deshalb für Ihren Hinweis auf einen auch von uns nicht gewünschten Mißstand danken.

Wir versichern Ihnen, daß es nicht üblich ist, den getrennt gesammelten und angelieferten Müll auf der Deponie abzulagern, wenn die vorhandenen Wertstoff-Container voll sind. An normalen Wochentagen ist es kein Problem, innerhalb kürzester Zeit neue Lagerkapazitäten bei der uns entsorgenden Firma zu organisieren. Am Wochenende ist dies ungleich schwerer. Die vorhandenen Container reichen normalerweise aus, die während einer Woche anfallenden Mengen getrennt gesammelten Mülls aufzunehmen. Der von Ihnen geschilderte Fall ist sicherlich die unbeabsichtigte Ausnahme. Auf Grund der sehr beengten Platzverhältnisse ist es uns in Mörfelden nicht möglich, ausreichend Ersatzcontainer vorzuhalten. Dies wird auf der neuen Deponie in Büttelborn sicher gewährleistet sein.

Unsere Mitarbeiter auf der Deponie Mörfelden haben wir angewiesen, die von Ihnen geschilderte Verfahrensweise nicht mehr zu praktizieren..."

Der Briefwechsel weist auf einen ersten Mißstand hin. Oft sind die Behälter auf dem Bauhof hoffnungslos überfüllt. Es ist nicht einzusehen, daß man hier nicht rechtzeitig die Wertstoff-Container wechselt. Der Brief des Bürgers belegt aber auch, daß es sinnvoll ist, sich nicht alles gefallen zu lassen.

**Jede Mark
hilft dem
»blickpunkt«**

Kurz notiert

Schild

Mehrmals schon wurden wir darauf hingewiesen - am Dalles fehlt ein Hinweisschild zur Autobahn. "Immer wieder fahren Leute vorbei und fragen: Wo ist die Autobahn?" sagte uns ein Anwohner. Sicher ist es kein Problem, bald Abhilfe zu schaffen.

Straßennamen

In Walldorf stehen demnächst wieder Straßenbenennungen auf der Tagesordnung. Hier gibt es schon eine Menge Vorschläge. Wir meinen, nicht vergessen sollte man Sara und Max Reiß, zwei Walldorfer Juden, die - fast 80jährig - von den Nazis im Jahre 1942 in Theresienstadt ermordet wurden.

Ärgerlich

Mehr als ärgerlich ist der Beschluß des Kreistages Groß-Gerau, die Kursgebühren bei der Volkshochschule zu erhöhen und Ermäßigungen zu streichen. So wird die Gebührenermäßigung für Familien und bei Mehrfachbelegung gestrichen.

Man muß sich wirklich fragen, ob die SPD im Kreistag weiß, daß sie mit solchen Mätzchen an ihrem eigenen Anspruch sägt. Diese Art von Bildungspolitik sollte sie der CDU überlassen. VHS heißt schließlich Volkshochschule.

Heiß

Die "Arbeitsgemeinschaft für Walldorfer Geschichte" hat Sorgen mit dem Verbindungsgang im Walldorfer Museum. In diesem Glasgang kann man sich im Sommer oft nicht aufhalten. Es gibt Temperaturen von 50-60 Grad. Da fehlen Sonnenrollos und eine Dachentlüftung. Wir finden, man sollte schnell etwas verbessern.

Die Kennelsteuer in der Diskussion

Warum nicht Widerspruch einlegen?

Die neue Abwassersatzung, im Volksmund "Kennelsteuer" genannt, hat in der Bevölkerung für Wirbel gesorgt. An dieser Stelle möchten wir noch einmal kurz deutlich machen, worum es geht:

Das Splitten der Abwasserberechnung nach bezogener Wassermenge und versiegelter Fläche des Grundstücks bringt mehr Gerechtigkeit. (Großflächige Versiegelungen etwa im Gewerbegebiet brauchten bisher für das Niederschlagswasser, das ebenfalls Kanal- und Kläranlage beansprucht, nichts zu zahlen.) Die DKP war gegen die neue Regelung, weil sie für viele eine drastische Gebührenerhöhung bedeutet.

Zwischenzeitlich wurde allen Hauseigentümern ein Erhebungsbogen zugeschickt, in dem im Selbstveranlagungsverfahren die versiegelte Fläche einzutragen ist und die Art der Versiegelung. Die Art der Versiegelung ist zur Berechnung der Abwassergebühren notwendig, weil Spitz- oder Flachdach, Verbundstein oder Asphaltdecke anders berechnet werden sollen.

Wer den Erhebungsbogen nicht ausfüllt, bekommt Besuch von Stadtbediensteten, die die Größe und Art der Versiegelung feststellen. Als nächster Schritt wird ein neuer Steuer- und Gebührenbescheid mit den neuen Abwassergebühren ins Haus flat-tern. Diesen Bescheid sollte der Bürger sorgfältig prüfen, ob die zur Berechnung herangezogene Versiegelungsgröße und die Versiegelungsart stimmt. Wer Unkorrektheiten entdecken sollte oder mit der Satzung nicht einverstanden ist, hat die Möglichkeit des Einspruchs.

Ich meine, daß die Satzung hinsichtlich der Art der Versiegelung und der unterschiedlichen Berechnung (Spitzdach Faktor 1,0; Schrägdach unter 15 Grad Neigung Faktor 0,8

etc.) ungerecht ist. Andere Städte haben andere Berechnungsgrundlagen. Das Recht kann aber nicht von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich sein.

Der Widerspruch gegen den Gebührenbescheid ist innerhalb eines Monats nach Erhalt schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung zu formulieren. Dieser Widerspruch wird vor dem Widerspruchsausschuß behandelt (der Betroffene hat hier die Möglichkeit, persönlich und mündlich seine Rechtsauffassung vorzutragen).

Der Widerspruchsausschuß ist kein Ersatzgericht der Stadt. Er hat nur zu prüfen, ob die ausstellende Amtsstelle den Bescheid ordnungsgemäß und nach den vorliegenden Gesetzen und Satzungen ausgestellt hat. Der Widerspruchsausschuß ist ein beratendes Organ des Magistrats, kann eine Empfehlung abgeben.

Denjenigen Bürgern, die sich durch die neue Abwassersatzung ungerecht behandelt fühlen, empfehle ich, Einspruch bei der Stadtverwaltung einzulegen. Rudolf Dötsch

In 5 Jahren knapp 100% Erhöhung der Abwassergebühren!

Es kann ja noch ganz spannend werden mit der "Kennelsteuer" in unserer Stadt. Gemeint ist die Regenwasser-/Versiegelungssteuer für Niederschlagswasser.

Die alte Abgabenform Frischwasser = Schmutzwasser ist passé. Es lebe die neue Abgabenform Frischwasser = Schmutzwasser + Regenwasser.

Der alte Schmutzwasserpreis pro cbm betrug DM 1,95.

Nach den neuen Berechnungsgrundlagen kostet der cbm Schmutzwasser dann "nur" noch DM 1,87 plus DM 0,96/je qm versiegelter Fläche.

Aber halt! Das steigert sich noch!

Bezogen auf den zur Zeit gültigen Tarif steht der Bevölkerung eine nahezu Verdoppelung der Abwassergebühren ins Haus.

Die in der Vorlage für die Stadtverordneten verwandten Zahlen beziehen sich nur auf das erste Jahr. Rechnet man aber die fünf Jahre hoch, dann sieht man erst das eigentliche Ausmaß dieser Gebührenerhöhung. In 5 Jahren knapp 100% Erhöhung der Abwassergebühren!

Natürlich müssen die großen Versiegeler (wie beispielsweise ALDI) mehr bezahlen, die aber legen es doch auf ihre Produkte um. Die Mehrheit der "Kennelsteuer-Bezahler" aber kann das nicht.

Ich bin für massenhafte Widersprüche bei den Abwasserbescheiden! Ich bin gegen eine Selbstveranlagung der versiegelten Flächen!

Ich bin grundsätzlich gegen diese Art der Abwassergebühren, weil sie die "Kleinen" trifft, während die "Großen" ihre Mehrkosten umlegen.

Herbert J. Oswald

Wirtschaftsförderung besonderer Art

Seit fast einem Jahr ist der Spar-Markt auf dem Salvador-Allende-Platz geschlossen. Das Gelände hat ein Herr Fischer aus Bad Homburg gekauft, der sich anschickt etwas Größeres zu bauen. Nachdem eine Bauvoranfrage seitens des Bauamtes in Groß-Gerau mit geringfügigen Auflagen genehmigt wurde, liegen jetzt konkrete Baupläne vor, die die Baubehörde genehmigen soll. Einige Ungeheimtheiten und Kuriositäten kamen zutage, die Fragen aufwerfen und Spekulationen und Verdächtigungen nähren können.

Z. B.: Das Gelände soll zu 100% bebaut werden, die Baugrenzen sind gleichzeitig die Grundstücksgrenzen. Die Auflage des Bauamtes war daher, die beiden anschließenden städt. Grundstücke (Parkplätze, Grünflä-

che) mit einer Baulast zu belegen. Für die Gestattung der Baugrenze im südlichen Bereich und der Zusage, daß der Zugang/Notausgang der Tiefgarage auf städt. Grundstück liegt, räumt die Fa. Fischer ein, daß die städt. Parkplätze über ihr Privatgelände anzufahren sind, außerdem wird die Grünfläche auf Kosten des Bauherrn neu gestaltet und bepflanzt.

Eine weitere Auflage des Kreisbauamtes war, daß das Gebäude nicht mehr als zwei Vollgeschosse haben darf. Daran wird sich auch gehalten, nur werden darauf zwei Dachgeschosse gesetzt. Man sieht also, wie geschickt solche Auflagen umgangen werden können.

Im nördlichen Grundstücksbereich (zur Schubertstr.) ist ebenfalls die Bau- auch Grundstücksgrenze. Darüber hinaus tritt die Stadt der Fa. Fischer einen 9x30m breiten Geländestreifen zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung. Er gilt der Belieferung der vorgesehenen Geschäfte. Die bestehenden Parkplätze werden um zwei reduziert. Die verbleibenden sollen in "Rasenpflaster" neu angelegt. Dies ist wohl als "Ausgleichsmaßnahme" für die Versiegelung der Grünflächen zu sehen. Ebenso verpflichtet sich der Bauherr zur Kostenübernahme für die Anpflanzung der Restgrünfläche. Die Grünstreifen entlang der Bgmstr.-Klingler-Str. und Schumannstr. fallen ersatzlos weg. Die Ein-/Ausfahrt der 35 Stellplätze umfassenden Tiefgarage liegt in der Schumannstr.

Den städt. Parlamentarier lagen bei ihrer Entscheidung über die Bebauungspläne vor, die dem jetzigen Stand nicht entsprechen. Sie mußten davon ausgehen, daß die Grünflächen und Parkplätze nicht verringert werden. Sie mußten sich also betrogen fühlen.

Das Gebäude soll nach den Bauplänen ein SB-Markt, Metzgerei, Bäckerei, Obst- und Gemüsestand, Kiosk und weitere drei Läden im Erdgeschoß haben. Im 1. Stock sind dann ein Café und ein Restaurant, Friseur/Kosmetikläden und zwei weitere Läden. In den beiden Dachgeschossen sollen sieben Wohnungen entstehen.

Den Anwohnern der näheren Umgebung stehen also unruhige Zeiten bevor.

Was wird aus dem alten Rathaus in Mörfelden?

Langsam wird die Diskussion über die Nutzung des Rathauses intensiver. Dabei werden viele Ideen erörtert. Das ist gut so. Auch der "blickpunkt" steht für Diskussionsbeiträge zur Verfügung. Ein paar Fakten sollte man allerdings von Anfang an in die Debatte werfen:

Unsere Rathäuser platzen aus allen Nähten. Die Stadtwerke wurden schon in die Kirchgasse ausgelagert (Monatsmiete 2250,- DM). Es gibt Pläne das Walldorfer Rathaus umzubauen, ein Bauprojekt, das mindestens 10 Millionen Mark verschlingen würde.

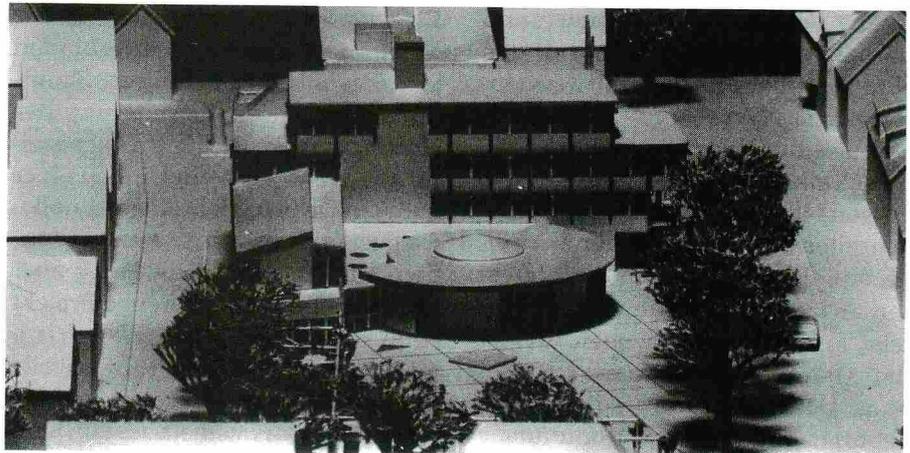
Zur möglichen Nutzung des alten Rathauses schrieb Rudolf Dötsch folgenden Beitrag:

Seit fast einem Jahr steht das alte Rathaus auf dem Dalles leer. Nach dem Auszug der Stadtverwaltung Ende der 70er Jahre war ein Therapeutikum dort untergebracht. Nun sind Diskussionen entbrannt um die Verwendung des früheren Schulgebäudes. Von kommerzieller Nutzung über Vereinshaus bis zur Errichtung eines Kulturcafés reichen die Vorstellungen. Die Jusos, die in den frühen 70er Jahren das Haus schon abreißen wollten, meldeten sich zu Wort und bekamen in der Presse dank der "Saurer-Gurken-Zeit" viel Raum für ihre Vorstellungen. Ein Haus der Kultur, des ungezwungenen Zusammenseins der ungezwungenen Jugend. Zwar sollte man Jugendlichen nicht übelnehmen, wenn sie übers Ziel hinauschießen, doch so abstruse Vorstellungen, daß Bürger in ihrer "sozialen Entfaltung weitestgehend festgelegt" seien, daß man eine "Entscheidung treffen müsse, um Vereinsmitglied zu werden", in einer Gemeinschaft, bei der man nicht wisse, ob sie einem liegt. Solche Formulierungen sprechen Hohn den vielen Jugendlichen, die in den über hundert Vereinen unserer Stadt aktiv sind. Mitglied in einem Verein zu werden ist keine Lebensentscheidung, zudem gibt es fast überall die Möglichkeit einmal

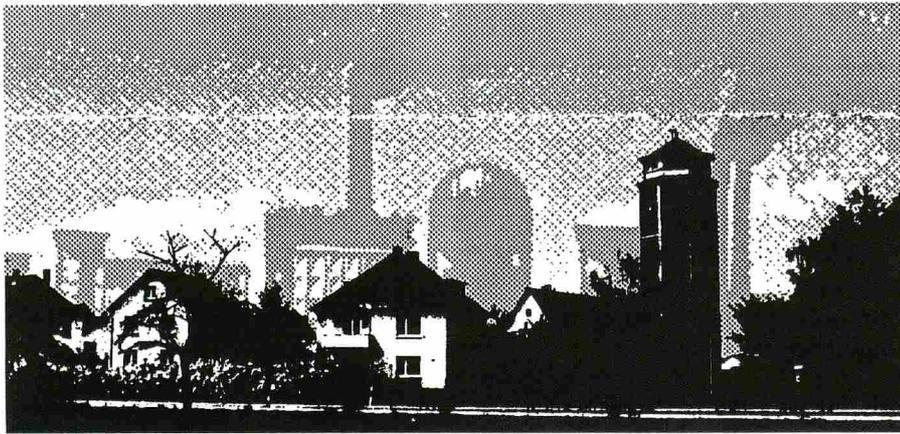
hineinzuschnuppern, bevor man beitragszahlendes Mitglied wird. Ein Treffpunkt für kleinere Gruppen, die "ständig nach Arbeits- und Veranstaltungsmöglichkeiten suchen" könnte z. B. das wenig frequentierte Jugendzentrum sein. Ich möchte jedenfalls davor warnen, das alte Rathaus an exponierter Stelle im Zentrum der Stadt zu einem Problemhaus werden zu lassen.

Ich schlage stattdessen vor, dieses historische Gebäude wieder der Verwaltung zukommen zu lassen. Diese klagt seit Jahren über Raumangel, und Teile der Verwaltung sind in einem Mietobjekt in der Kirchgasse untergebracht. Anstatt großprotzige Rathausneubaupläne in Walldorf zu verfolgen, wäre hier kurzfristig und auch finanzsparend eine Lösung zu finden. Das Domizil der Polizei in unmittelbarer Nachbarschaft des alten Rathauses wird in etwa zwei Jahren geräumt. Bis dahin soll der Umzug der "Ordnungshüter" nach Walldorf vollzogen sein. Die Bücherei kann sich sodann in dem jetzigen Gebäude ausdehnen und überdies wäre, zumal der Dachstuhl ausgebaut werden soll, Platz für Vereinstätigkeiten (evtl. Kaminclub).

Rudolf Dötsch



Das Millionending. Ein Modell des umgebauten Walldorfer Rathauses.



Chemiewerk Flughafen

Stellen Sie sich vor, Mörfelden-Walldorf liegt unmittelbar an einem großen Chemiewerk. Jeden Tag ziehen giftige Abgase über die Stadt. Die Zahl der Erkrankungen der Atemwege liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Kinder leiden unter Pseudo-Krupp. Jede Nacht wird man von Fabriklärm geweckt, am Tag kann man sich oft nicht unterhalten, weil der Krach alles übertönt.

Spinnerei? Nein! Es ist zwar kein Chemiewerk am Horizont aber sonst stimmt doch wohl alles - oder?

Beispiel Abgase: Die Emissionsmenge insgesamt wuchs von 1979 bis 1988 um 50%, der Flugverkehr hat daran mit 66% (das sind 7255 t) den größten Anteil. Die FNP schreibt: "Summa summarum: Über 11007 Tonnen Schadstoffe kommen aus der großen Fabrik Flughafen."

Noch was zum Lärm? Das ist wohl nicht nötig. Hier kennen sich die Einwohner unserer Stadt bestens aus!

Was wird aus dem Kino?

Das Löwen-Lichtspiele-Kino in Walldorf ist seit geraumer Zeit im Gespräch. Es ist von Schließung bis zur Verlegung die Rede. Grund dafür ist, daß der Grundstückseigner, der Walldorfer Hotelier Günter Steckenreiter sein Hotel erweitern möchte. Als Walldorfer interessiert mich diese Angelegenheit ganz besonders und deshalb sprach ich sowohl mit den Kinobetreibern als auch mit dem Hotelbesitzer. "Es wäre ganz schön, wir könnten hier bleiben", meinte Thomas Winkler (einer der Betreiber der Löwen Lichtspiele) und Günter Steckenreiter ist auch nicht der Vertreibertyp, sieht aber primär die Interessen an der Erweiterung seines Hotels. "Das Kino sollte bleiben", das ist die Meinung vieler, die von dem "Aus" der Lichtspiele an diesem Ort gehört haben. Auch das Kommunale Kino ist hier untergebracht, dessen Anteil bei ca. 25% des Betriebes liegt.

Daß sich das Kino in den letzten Jahren großer Beliebtheit erfreut, wurde in dem 1989 verliehenem Hessischen Kinopreis deutlich, den die Betreiber erhalten haben. Nicht zuletzt dem hohen Engagement des Teams ist dies zu verdanken. Die Aktualität der Filme und dadurch hohe Besucherzahlen zeugen von der Beliebtheit dieses Kinos. Im Gespräch mit Günter Steckenreiter war ich sogar der Meinung, daß auch er ein Verbleiben des Kinos am selben Ort "wünschte" doch die Kosten wären gewaltig. Ich bin der Meinung, daß sich beides verbinden läßt. Sowohl die Erhaltung des Standortes als auch die Erweiterung des Hotels schließen sich nicht gegenseitig aus. Denn auch ein Umbau einer anderen Örtlichkeit in einen Kinobetrieb ist mit riesigen Kosten verbunden. Die entscheidende Frage aber ist: Wer zahlt wieviel in das Projekt Kino, deren Betreiber eine langfristige Garantie brauchen. Mittlerweile liegt die Bauvoranfrage für die Erweiterung des Hotelbetriebs vor. Sind alle Rettungsversuche umsonst gewesen?

Herbert J. Oswald

Über fünf Millionen sind in Deutschland arbeitslos

Die gegensätzliche Entwicklung auf den Arbeitsmärkten in Ost und West hat sich auch im Juli weiter fortgesetzt. Wie die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg mitteilte, wurden im Osten im Juli erstmals offiziell mehr als eine Million Arbeitslose registriert. Die Zahl stieg gegenüber dem Vormonat um 225 000 auf 1,069 Millionen. Damit erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 9,5 auf 12,1 Prozent. Die Zunahme ist größer als im ganzen ersten Halbjahr 1991. Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind nach wie vor Frauen, deren Anteil an den Arbeitslosen auf 58,5 Prozent kletterte. In den Alt-Bundesländern gab es 1 693 700 Erwerbslose. Das sind gut 100 000 mehr als im Vormonat. Zu den offiziellen Zahlen sind hinzuzuzählen alle diejenigen, die "Kurzarbeit 0" machen, sowie die auf ABM-Stellen Abgeschobenen.

Die offizielle Zahl von über einer Million Arbeitslosen im Osten Deutschlands ist nur die Spitze eines Eisberges. Fast die Hälfte aller 9,6 Millionen Arbeitsplätze in der ehemaligen DDR ist durch die verantwortungslose Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vernichtet worden. Die Langzeitwirkung des Eisberges Arbeitslosigkeit droht, die neuen Bundesländer auf Dauer zum sozialen Zuschußgebiet zu machen und in ganz Deutschland soziale Kälte zu verschärfen.

Die unmittelbar bevorstehenden drastischen Miet- und anderen Tarifierhöhungen verbinden sich auf unheilvolle Weise mit schnell wachsender Massenarbeitslosigkeit und sozialer Existenzunsicherheit. In dieser Situation ist es um so empörender, daß seitens der Bundesregierung immer noch eine umfassende und konkrete wirtschaftspolitische Gegensteuerung abgelehnt wird. Zwar pumpt sie 100 Milliarden DM in den Osten Deutschlands, doch fördert sie faktisch die weitere Zerstörung des dortigen Industriestandortes. Eine weitere Zuspitzung der arbeitsmarktpolitischen Situation und die lange währende soziale Spaltung Deutschlands sind damit programmiert.

Gedanken zum Antikriegstag '91

Was Waffen kosten

Der 1. September ist in den letzten beiden Jahrzehnten von der Friedensbewegung zum Antikriegstag gemacht worden. An diesem Tag demonstrieren Tausende in der BRD und anderen Ländern gegen den Krieg, für Abrüstung, für die Abschaffung der Massenvernichtungsmittel.

Viele zweifeln, ob das heute noch notwendig ist. Allerdings, viele Menschen spüren auch, daß momentan in Europa so etwas herrscht wie die "Ruhe vor dem Sturm": Die Regierungen Westeuropas schicken sich an, die nationalistischen Bestrebungen in Jugoslawien und anderswo für ihre Interessen zu mißbrauchen. Es wird massiv mit dem Einsatz von europäischem Militär in Jugoslawien gedroht.

Das alles ist auf dem Hintergrund der Neuaufteilung der Welt zu sehen. Der Zerfall des Ostblocks wird als Ausgangsbasis zur Erweiterung des eigenen Machtbereichs genommen. Der Golfkrieg war der erste Schritt für dieses Ziel. Saddam, der irakische Diktator ist nach wie vor in seinem Amt. Das irakische Volk, die Bevölkerung Kuwaits und die Kurden jedoch haben die Folgen des Kriegs zu bezahlen. Und kaum einer spricht noch von den Hunderten von brennenden Ölquellen und deren Auswirkungen auf die Umwelt. Jetzt sind es vor allem US-Unternehmen die am Aufbau Iraks, Kuwaits, am Löschen der Ölquellen, an der Entwicklung und Produktion neuer Waffen und Waffensysteme verdienen. Viele Konfliktherde in und um Europa sind immer noch vorhanden, der "kalte" Krieg kann durchaus von einem "heißen" abgelöst werden. Deshalb muß die Erhaltung des Friedens gerade jetzt zentrales Ziel sein.

Während der Herstellung dieser "blickpunkt"-Ausgabe erreichten uns die Nachrichten von den Ereignissen in der Sowjetunion. Auch hier zeigen sich Konfliktherde, die den Weltfrieden bedrohen können.

Michael Gorbatschow ist von uns allen als Hoffnungsträger für eine friedliche Welt und eine gerechte, sozialistische Gesellschaft empfunden worden. Seiner außenpolitischen Popularität standen aber zunehmend innenpolitische Probleme gegenüber. Dabei ging es nicht nur um Altlasten vergangener Sowjetregierungen. Zunehmend wurde das Land zerrüttet, es traten schlimme Versorgungsprobleme auf, Nationalismus zerstörte die Völkergemeinschaft. Dies führte zu den Auseinandersetzungen die auch viele Bürgerinnen und

Bürger unseres Landes berührten. Noch ist es schwer alles richtig einzuschätzen, was sich in diesem Land jetzt täglich ereignet. Vor allem das Auseinanderbrechen der Sowjetunion in viele konkurrierende Einzelstaaten, wird auch dem Westen noch Probleme bereiten. Die Rigorosität eines Boris Jelzin, die öffentliche Demontage Gorbatschows, machen mir Sorgen. Wenn politische Repressionen, jetzt einfach durch neue ersetzt werden, dann sollte das vor allem die nachdenklich machen, die vorher gegen die alten Repressionen aufgetreten waren. Dies gilt selbstverständlich auch für solche Maßnahmen die von Gorbatschow initiiert oder getragen werden.

Ich bin froh, daß es in der Sowjetunion nicht zu einem blutigen Bürgerkrieg gekommen ist.

Wir brauchen eine Welt des Friedens, eine Welt ohne Kalten Krieg, eine Welt ohne die Logik der Selbstvernichtung, eine Welt ohne die erbärmliche kapitalistische Ausbeutung der Armen, eine Welt der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit. Nur in einer solchen Welt werden die Mittel frei, die für die Überwindung von Hunger und Armut so dringend gebraucht werden. In einer solchen Welt werden auch die irrationalen Nationalismen keine Lebensräume mehr haben. Für eine solche Welt lohnt es sich zu kämpfen. Heute und morgen.

Rudi Hechler

Exportschlager "Patriot"-Raketen

120 Tage nach dem Ende des Golfkrieges werden mehr Waffen in den Mittleren Osten exportiert als jemals vorher. Allein US-Rüstungskonzerne haben nach Kriegsende Verträge über Waffenlieferungen in die Krisenregion Golf in Höhe von 30 Milliarden Dollar abgeschlossen. "Der Golfkrieg war ein Test für neue Waffensysteme", erklärte Jacquelyn Davis, Vizepräsidentin des "Institute for Foreign Policy" in Washington. Die wichtigsten Export-Schlager im Waffengeschäft: Kampfflugzeuge F15 und F16, der Kampfhubschrauber "Apache", lasergesteuerte Bomben und die "Patriot"-Rakete. Mit von der profitablen Partie sind auch die deutschen Rüstungskonzerne MBB, AEG und Siemens, die an der Weiterentwicklung der "Patriot"-Rakete beteiligt sind.

"Patriot"-Raketen

Stückpreis 600.000 Dollar. Das entspricht in etwa dem Jahreseinkommen von tausend Afrikanern.

Kampfflugzeug F5

70 Millionen Dollar. Das entspricht dem Staatshaushalt von Guinea für drei Jahre.

Kampfflugzeug F15E

50 Millionen Dollar. So hoch ist der Jahresetat des afrikanischen Staates Gambia.

Panzer M1

2 Millionen Dollar. Von dieser Summe könnte man fast 12.000 Tonnen Weizen für die Hungernden in der Welt kaufen.

Kriegskosten

Die militärischen Kosten des Golfkrieges belaufen sich auf 113,3 Mrd. Dollar. Diese Summe entspricht dem jährlichen Bruttosozialprodukt von 40 afrikanischen Staaten. Für die Summe hätte Afrika etwa die Hälfte seiner gegenwärtigen gigantischen Verschuldung erlassen werden können.

**Jede Mark
hilft dem
"blickpunkt"!**

Unser Konto:
Kreissparkasse
Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Stadtgeschichten



Ende der 20er Jahre soll unser Foto entstanden sein. Man traf sich nach einem Sonntagsspaziergang im Garten des Forsthauses "Wiesenthal" zwischen Mörfelden und Worfelden. Ob der damals dort ansässige Förster sich gleichzeitig als Wirt betätigte, ist nicht mehr nachprüfbar. Das beliebte Glas Bier ist jedenfalls nicht auf den Tischen zu sehen. Dafür stehen einige Weinflaschen parat.

Wie wir in Erfahrung bringen konnten, gehörten einige der Anwesenden dem Quartett der Männer-Gesangsabteilung der "Freien Turner Mörfelden" an. Zu ihnen gehörten Wilhelm Jungmann, ganz links, und Peter Schluckebier, dritter von links. Die späteren Ehefrauen der beiden sind wohl die einzigen noch unter uns weilenden. Es sind - mit ihren Mädchennamen - Gretchen Hechler, ganz links sitzend, und Henriette Jungmann, vierte von links.



Es fehlen Kindergartenplätze

Die DKP-Fraktion hat nach der Sommerpause zahlreiche parlamentarische Initiativen gestartet. Dabei geht es um fehlende Kindergartenplätze um den geplanten Brunnen auf dem Mörfelder Dalles und andere Themen. Bei der Kindergarten-Anfrage heißt es u. a.:

Wie stellt sich der Magistrat eine Verbesserung der Aufnahmekapazitäten im Kitabereich vor, nachdem bereits in diesem Jahr allein bei den städti-

schen Kindergärten rund 90 Kinder wegen fehlender Plätze nicht aufgenommen werden konnten? Wie könnte eine kurzfristige Verbesserung im städtischen Bereich aussehen, angesichts der sich verschärfenden Situation nach Fertigstellung des Sozialwohnungsbaues und anderer Bauvorhaben im Baugebiet Steinweg und nach Einzug von Familien in das Baugebiet Plassage-Lange Äcker?

Wie sieht die Zeitplanung für den Bau von weiteren städtischen Kindergärten aus?

Wann ist mit dem Ergebnis der Kindergartenbedarfsplanung, die ein

Büro für die Stadt erarbeitet, zu rechnen?

Zum Thema Brunnen wird u.a. gefragt:

Welche Pläne gibt es, die Brunnenanlage auf dem Rathausplatz Mörfelden fertigzustellen?

Welche Kosten sind bisher dafür insgesamt entstanden? (Bitte detailliert aufführen.)

Die Diskussion um die Rathausplatzgestaltung ebbt nicht ab. Vor allem wird immer gefragt, wie hoch die seitherigen Kosten waren.